

Finanzausschuss beschließt Biokraftstoffsteuer

Zum Beschluss des Finanzausschusses zukünftig Biokraftstoffe zu besteuern, erklärt Hans-Josef Fell, energie- und technologiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages hat heute mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD die Besteuerung von Biokraftstoffen beschlossen.

Die Steuersätze wurden von der großen Koalition gezielt so hoch gewählt, dass Biodiesel und Pflanzenöle mittelfristig aus dem Markt gedrängt werden. Die große Koalition zerstört damit zwei Branchen und nimmt vielen Menschen ihre berufliche Existenz.

Die SPD setzt voll auf die großen Mineralölkonzerne und die Union lässt sie gewähren.

Biodiesel als Reinkraftstoff soll ab August 2006 besteuert werden; Pflanzenöle als Reinkraftstoff ab 2008. Ab 2012 sollen beide Kraftstoffe voll besteuert werden. Von 2008 bis 2012 sind stufenweise Anstiege vorgesehen, die so hoch ausfallen, dass die Wettbewerbsfähigkeit beider Biokraftstoffe deutlich vor 2012 wegfallen dürfte.

Beimischung werden mit Einführung der Beimischungsquote 2007 gleich voll besteuert.

Die Besteuerung aller anderen Biokraftstoffe ist derzeit ungeklärt. Einerseits steht im jetzt beschlossenen Gesetz eindeutig, dass die anderen Biokraftstoffe ab 2010 voll besteuert werden. Andererseits wurde im Finanzausschuss von den Regierungsfractionen gesagt, dass es im Rahmen der Gesetzgebung zum Quotengesetz teilweise Steuerbegünstigungen bis 2015 geben soll. Gerüchteweise handelt es sich hier um Ethanol und BTL. Das schwarz-rote Steuerchaos ist perfekt.

Folgende Energie-Steuersätze sind bis 2012 vorgesehen. (jeweils in Cent zzgl.

Mehrwertsteuer(!))

Pflanzenöle

2006: 0 Cent - zzgl. MwSt (!)

2007: 0 Cent - zzgl. MwSt (!)

2008: 10 Cent - zzgl. MwSt (!)

2009: 18 Cent - zzgl. MwSt (!)

2010: 26 Cent - zzgl. MwSt (!)

2011: 33 Cent - zzgl. MwSt (!)

2012: 45 Cent - zzgl. MwSt (!)

Biodiesel

2006: 9 Cent - zzgl. MwSt (!)

2007: 9 Cent - zzgl. MwSt (!)

2008: 15 Cent - zzgl. MwSt (!)

2009: 21 Cent - zzgl. MwSt (!)

2010: 27 Cent - zzgl. MwSt (!)

2011: 33 Cent - zzgl. MwSt (!)

2012: 45 Cent - zzgl. MwSt (!)

Die heutige Jubelpressemitteilung von Dr. Ramsauer (CSU), dass Pflanzenöl bis 2007 steuerfrei bleiben soll, darf man getrost nur als zynisch bezeichnen, vor allem wenn bedacht wird, dass nach aktueller Gesetzgebung Pflanzenöle bis Ende 2009 steuerbefreit sind.

(Hinweis: Diesel wird mit 47,4 Cent (zzgl. M besteuert; das Bundesfinanzministerium geht von einer Vollbesteuerung des Biodiesels und der Pflanzenöle bei 45 Cent aus, da diese Kraftstoffe etwas niedrigere Energiedichten als Diesel haben)

Die Biokraftstoff-Besteuerung ist auf starkes Drängen von Finanzminister Steinbrück und der zuständigen SPD-Finanzpolitiker zurückzuführen.

Weder die Minister Gabriel (SPD) noch Seehofer (CSU) noch Glos (CSU) hatten Widerstand geleistet.

Nachdem es Widerstand in den Regierungsfractionen – organisiert von Hermann Scheer (SPD) und Josef Göppel (CSU) dagegen gegeben hatte, Biokraftstoffe ab 2010 voll zu besteuern, wurden die Fraktionsspitzen: Struck (SPD), Kauder (CDU), Ramsauer (CSU) damit befasst. Ohne Fachverstand wurde auf dieser Ebene die jetzt verabschiedete Entscheidung getroffen, die den Pflanzenölen und dem Biodiesel die Zukunft nimmt.

In der SPD-Fraktionssitzung am gestrigen Abend wurde dieser Punkt erst behandelt, nachdem aus Zeitgründen über 80% der Fraktionsmitglieder bereits die Fraktionssitzung verlassen hatten. Sowohl die SPD als auch die Unions Umwelt und Landwirtschaftspolitiker wurden von ihren Fraktionsspitzen teils geschickt umschifft, teils auch mit erheblichem Druck belastet. Die SPD-Fraktionsführung hat sich damit auch über das zuvor schriftlich niedergelegte Votum von mehr als die Hälfte ihrer Fraktionsmitglieder hinweggesetzt.

Des Weiteren war sehr auffällig, dass der Bauernverband und die mit ihm verbundenen Bioenergieverbände nur wenig Widerstand leisteten und vor jeder Kritik an den Regierungsfractionen scheuten. In Ihrer Pressemitteilung vom 11. Mai verstiegen sich 16 Verbände – darunter der Deutsche Bauernverband, der Bundesverband Bioenergie und die Union zur Förderung der Protein- und Ölpflanzen sogar zu der Aussage:

„Die Initiative der Regierungskoalition für das Biokraftstoffgesetz sehen (wir) als einen ‚entscheidenden Schritt‘ zur Umsetzung der Strategie ‚weg vom Erdöl‘. Damit werde eine effiziente, nachhaltige und flächendeckende Markteinführung der Biokraftstoffe gesichert“

Wo kommt es sonst noch vor, dass die Vertreter der Landwirtschaft die Zerstörung ihrer Zukunftsgrundlagen begrüßen?

Weitere Informationen

- Pflanzenöle und Biodiesel bleiben im Landwirtschaftssektor bis 2012 unbesteuert; zukünftig müssen die Landwirte sich allerdings die Steuer bürokratisch rückerstatten lassen
- Pflanzenöle und Biodiesel im BHKW-Bereich werden gleichfalls nicht besteuert. Mit welchem bürokratischen Aufwand die Steuerbefreiung verbunden sein wird, ist im Augenblick noch nicht absehbar.

Wie geht es weiter?

Der Bundestag wird am Donnerstag aller Voraussicht nach dem Gesetz mit den Mehrheiten der Regierungsfractionen zustimmen. Die Änderungsanträge der Grünen wurden heute im Finanzausschuss abgelehnt.

Nach Verabschiedung im Bundestag wird das Gesetz an den Bundesrat weitergeleitet. Dieser hatte sich in seiner Stellungnahme zwar im Frühjahr dafür ausgesprochen, Biodiesel und Pflanzenöle nicht über Gebühr steuerlich zu belasten. Da das Gesetz allerdings nur

einspruchspflichtig ist, hat der Bundesrat keine realen Möglichkeiten, das Gesetz aufzuhalten. Es bleibt abzuwarten, wie sich die einzelnen Länder verhalten werden.

Ist damit die Zukunft der Pflanzenöle und des Biodiesels als Reinkraftstoffe besiegelt?

Die Investoren werden sich nicht alleine auf weiter steigende Erdölpreise verlassen. Die Zukunft von Pflanzenölen und Biodiesel wird also schon deutlich vor 2012 besiegelt, wenn das Gesetz nicht in den nächsten Jahren erheblich revidiert wird.

Sollte das Gesetz allerdings noch rechtzeitig verbessert werden, können diese Reinkraftstoffe noch gerettet werden. Für Letzteres ist allerdings eine Regierungsbeteiligung der Grünen erforderlich und/oder ein erheblicher gesellschaftlicher Druck, der zu einem Einsehen bei Union und SPD führen wird.

Sollten die Bundestagswahlen erst 2009 stattfinden, wird die Branche bis dahin erhebliche Unsicherheiten durchleben. Die Bundestagswahl bietet aber zugleich die Chancen, dass die großen Parteien ihre Positionen überdenken sowie, dass die Grünen wieder die Regierungsrolle übernehmen, in deren Rahmen sie 2004 die Steuerfreiheit für Biokraftstoffe eingeführt hatten.